

China: Der unmögliche Kapitalismus

Im Kommunistischen Manifest bezeichneten Marx und Engels die „wohlfeilen Preise“ kapitalistisch hergestellter Waren als die „schwere Artillerie, mit der sie (die Bourgeoisie) alle chinesischen Mauern in den Grund schießt (...) und alle Nationen zwingt, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.“ In zwei Opiumkriegen war es freilich die Schiffartillerie europäischer Kolonialmächte, die Chinas Zwangsintegration in den kapitalistischen Weltmarkt vorantrieben und die chinesische Nation dabei zugrunde gerichtet hat. Rund ein Jahrhundert später wurde die kommunistische Partei zum Organisationszentrum eines Wiederaufstiegs, der die Macht des westlichen Imperialismus zerbrach, um sich nach Jahrzehnten innerer Kämpfe die kapitalistische Produktionsweise anzueignen.

In China schufen sich die Bourgeoisien des Westens, in den Worten des Manifests, „eine Welt nach ihrem Bilde“, wissen aber nicht, was sie davon halten sollen. Der chinesische Markt lockt, chinesische Exporte gelten mal als lästige Konkurrenz, dann wieder als probates Mittel zur Unterbietung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im eigenen Land. Dazu kommt die Angst, die im Zeichen der Globalisierung des Kapitals erstarkte Wirtschaftsmacht China könne sich als Rivale um die imperialistische Ausbeutung wirtschaftlich schwächerer Weltgegenden erweisen oder, schlimmer noch, nach einer Phase kapitalistischer Entwicklung zu Sozialismus und Kommunismus übergehen. Während das Gespenst des Kommunismus in den Angstträumen der Kapitalisten aller Länder umgeht, werden ihre laufenden Geschäfte von Börseneinbruch und Wachstumsrückgang in China in Mitleidenschaft gezogen.

Die Zahlen sind gar nicht so dramatisch. Gegenüber 2014 ist die Wachstumsrate um einen Prozentpunkt auf 6,9 Prozent im Vorjahr gesunken. 2010 lag sie mit 12 Prozent fast doppelt so hoch aber dieser Wert war dem Aufholeffekt nach der Rezession 2008/9 geschuldet. Nur nebenbei: In Deutschland lag die Wachstumsrate zuletzt 1969 über 6,9 Prozent. An der Börse gab es 2015 einen kurzen aber heftigen Aufschwung, in dessen Verlauf der Shanghai Composite Index von 3.075 im Februar auf 5.166 im Juni anstieg, im August aber bereits wieder auf 2.927 gefallen war. Gemessen daran ist der Rückgang von 3.539 auf Werte knapp über 3.000 in der ersten Handelswoche des neuen Jahres bestenfalls ein Krächlein. Obwohl diese Zahlen wenig Dramatik enthalten, sind sie in den Medien zu einem ausgewachsenen Börsenkrach und Vorboten kommender Krisen aufgeblasen worden. Ein deutliches Zeichen, dass die von Bourgeoisideologen nach

Eindämmung der Rezession 2008/9 verkündete Gewissheit, von nun an könne es nur noch aufwärts gehen, von diesen selbst nicht so recht geglaubt wurde. Und eine Erinnerung an die Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft. Diese wäre ohne den chinesischen Wachstumsbeitrag im vergangenen Jahr nicht um 2,4 sondern nur um 1,7 Prozent gewachsen, zu wenig, um die von Börsen und Banken repräsentierten Profitansprüche zu befriedigen.

Wandel durch Annäherung

Geopolitische Weichenstellungen seit Beginn der 1970er Jahre haben dazu geführt, dass die chinesische KP, die die Entwicklung des Kommunismus bis dahin mindestens ebenso behindert wie gefördert haben, seither die Akkumulation des Kapitals unterstützt hat. Noch zögerlich und tastend in den 1980ern, sehr viel entschlossener und rücksichtsloser nach der Niederschlagung autonomer Arbeiter- und Studentenproteste 1989 und dem Zusammenbruch der einstmals verbündeten Sowjetunion. Ohne deren Existenz und den damit verbundenen Kalten Krieg wäre US-Präsident Nixon 1972 allerdings kaum nach Beijing geflogen. Die Annäherung zwischen Washington und Beijing, die 1979 zur Anerkennung der Volksrepublik anstelle Taiwans als Repräsentant Gesamtchinas führte, sollte die Annäherung, die sich zwischen Moskau und Beijing im Verlauf des Vietnamkrieges abgezeichnet hatte, unterlaufen. Das ist auch gelungen. Nachdem Vietnam 1978 einen Freundschaftsvertrag mit Moskau unterzeichnet hatte, beendete es die Terrorherrschaft der von Beijing unterstützten Roten Khmer in Kambodscha, was wiederum einer der Vorwände für eine kurzzeitige Invasion Chinas im Norden Vietnams war. Außenpolitische Konflikte wurden auch in einigen afrikanischen Ländern, insbesondere Rhodesien bzw. Zimbabwe ausgetragen, in denen China und die Sowjetunion unterschiedliche Rebellenbewegungen unterstützten.

Ob irgendeiner der Beteiligten die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus der Kalten Kriegs Diplomatie zwischen Beijing und Washington ergaben, auch nur erahnte, ist ungewiss. Sicher ist, dass die Annäherung zwischen den Pazifikanrainern einen Wandel hervorbrachte, der die Gegenwart mindestens ebenso prägte wie die Wandel durch Annäherungs-Politik von Brandt und Bahr die Zeit von den späten 1960ern bis zum Zerfall der Sowjetunion. Dass China von den Amerikanern überhaupt als geopolitische Größe wahrgenommen wurden, hatten es der Industrialisierung zu verdanken, die von der KP schon kurze Zeit nach Gründung der Volksrepublik 1949 nach sowjetischem Vorbild eingeleitet wurde. Dabei wurde von 1950 bis 1976 ein jährliches Durchschnittswachstum von 6,7 Prozent erreicht. Genug um auch im Westen als aufstrebende Wirtschaftskraft und internationaler Machtfaktor ernst genommen zu werden. Die politischen Kurswechsel in dieser Zeit waren allerdings noch erratischer und hatte noch katastrophalere Fol-

gen als in der Sowjetunion der 1930er Jahre. Der 1958 als ‚Großer Sprung nach vorn‘ angekündigte zweite Fünfjahrplan führte zu einer tiefen Rezession, 1961 schrumpfte die Wirtschaft um 19,5 Prozent. Während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 gab es vier, im Vergleich zur Katastrophe des ‚Großen Sprungs nach vorn‘ allerdings deutlich mildere, Rezessionen. Die Industrialisierung war mit einer gesellschaftlichen und politischen Zerrüttung einhergegangen, angesichts derer die Betonung von privatem Selbstinteresse anstelle politischer Kampagnen seit Beginn der 1980er Jahre als Erleichterung wahrgenommen wurde.

Vom Plan zum Markt

Bauernfamilien durften nunmehr auf eigene Rechnung wirtschaften. Trotz geringer Betriebsgrößen, die den Einsatz von Maschinen im Vergleich zur Zeit der Volkskommunen deutlich behinderten, kam es zu einer raschen Erholung der durch Industrialisierung und Kulturrevolution arg ramponierten Landwirtschaft. Die wenige Jahre später geschaffene Möglichkeit Flächen zusammenzulegen oder zu verkaufen, erleichterte den Maschineneinsatz und führte zu einem weiteren Anstieg der Agrarproduktion aber auch zur Herausbildung einer Unterschicht von Bauern, die nicht über ausreichend Land verfügten, um ihren Lebensunterhalt allein aus der Landwirtschaft zu bestreiten. In immer größerer Zahl zog es sie in die Städte und die seit 1980 geschaffenen Sonderwirtschaftszonen. Weil die freie Wahl des Wohnsitzes in China nicht erlaubt ist und die formale Beibehaltung eines Wohnsitzes auf dem Land vielen zumindest einen Mindestzugang zur Subsistenzproduktion der Familie erlaubt, musste sich das schnell wachsende Heer an Wanderarbeitern in der städtischen Industrie als illegale Tagelöhner verdingen.

Die Anfang der 1990er Jahre einsetzende massive Privatisierung von Staatsbetrieben sowie die Rationalisierung weiterbestehender Staatsbetriebe vergrößerte das Angebot billiger Arbeitskräfte für die Weltmarktfabriken weiter. Zudem führte die Freigabe der Preise für Konsumgüter zu einer massiven Inflation. 1988/89 stieg die Inflationsrate auf fast 30 Prozent. Die damit verbundenen Reallohnverluste führten zu Massenprotesten von Arbeitern und schließlich auch Studenten, die auf dem Tian'anmen Platz vom Militär niedergeschlagen wurden. Wenige Jahre später wurde die als Eiserne Reisschüssel bekannte soziale Mindestsicherung abgeschafft, so dass der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft um jeden Preis weiter zunahm. Der Weg zum Export- und Investitionsboom, der von den frühen 1990er Jahren bis zur Großen Rezession anhielt, war frei. Auslandsinvestoren und Chinas neue Kapitalisten wetteiferten um die Ausbeutung eines vermeintlich unerschöpflichen Angebotes billiger Arbeitskraft.

Großer Sprung auf den Weltmarkt

Der beispiellose Wirtschaftsaufschwung, den China seit den 1990er Jahren erlebt hat, machte das Land zum größten Industriestandort der Welt. 2012 waren 22,4 Prozent der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe in China angesiedelt, mit 17,4 Prozent belegten die USA den zweiten und Deutschland mit 6,0 Prozent den dritten Platz. Der Anteil des Exports am chinesischen Bruttoinlandsprodukt stieg von 17,6 Prozent 1996 auf 34,9 Prozent im Vorkrisenjahr 2007. Im gleichen Jahr erreichte der chinesische Leistungsbilanzüberschuss mit 10,1 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt einen Höchststand. Damit gingen Kapitalexporte einher, denen insbesondere die gleichfalls dramatisch ansteigenden Schulden amerikanischer Privathaushalte entgegenstanden. Ob chinesische Kapitalexporte die USA in die Schuldenfalle gelockt und schließlich einen Dominoeffekt von Immobilien-, Finanz- und Weltwirtschaftskrise ausgelöst haben, wie Ben Bernanke, seinerzeit Direktor der US-Zentralbank, behauptet, sei dahingestellt. In den USA wurde schon vor Ausbruch der Krise deutliche Kritik an den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten gegenüber China geübt. Im Verlauf der Krise kam es in China zu einem Kurswechsel, der den Exportanteil auf 22,6 Prozent 2014, zum Vergleich Deutschland: 45,7, und den Leistungsbilanzüberschuss auf 2,1 Prozent, Deutschland: 7,6, zurückgeführt hat. Die bereits vor Krisenausbruch begonnene Aufwertung des Renminbi wurde fortgesetzt und die Regierung tolerierte Lohnsteigerungen, die sich im Laufe des Aufschwungs kampfesmutiger gewordenen Arbeiter erkämpften. Aufwertung und Lohnsteigerungen verteuerten chinesische Exporte und führten gleichzeitig zu einer Erhöhung der Importe.

Forderungen nach einem sozialstaatlichen und auf konsumtive Binnennachfrage zielenden Umbau der Wirtschaft, wie sie Bo Xilai von 2007 bis zu seiner Absetzung 2012 im ZK vertrat, konnten sich allerdings nicht durchsetzen. Stattdessen setzten die Partei- und Staatsführung auf billige Investitionskredite für Industrie und Immobilienwirtschaft. Diese Strategie hat zwar zu einer raschen Überwindung der Großen Rezession und einem Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte beigetragen, ist aber mittlerweile in eine Sackgasse geraten. Davon legen die Börseneinbrüche im vergangenen Sommer und zu Beginn dieses Jahres Zeugnis ab. Der finanziellen Instabilität liegt eine Gemengelage aus Überkapazitäten, riesigen Schuldenbeständen des privaten Unternehmenssektors und weiter steigenden Lohnkosten gegenüber.

Die jüngsten Verhaftungen von unabhängigen Gewerkschaftsaktivisten deuten darauf hin, dass die Regierung eine Ausweitung kostentreibender Streiks, deren Zahl seit 2011 kontinuierlich zugenommen hat, nicht zulassen will. Zudem wurde der Renminbi leicht abgewertet. Sollte damit der Versuch verbunden sein, die „schwere Artillerie wohlfeiler Preise“ erneut in Stellung bringen, die China in den 1990er Jahren den großen Sprung auf den Weltmarkt ermöglicht hat, werden

auch Krisen à la 2008/9 wiederkehren. Es ist aber weder klar, ob die chinesische Führung einen solchen Versuch ernsthaft unternimmt, noch ob er Aussichten auf Erfolg hätte.

Januar 2016